

Änderungsantrag 30
Esteban González Pons
 im Namen der PPE-Fraktion

Bericht
Markus Pieper
 Entlastung 2014: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
 2015/2155(DEC)

A8-0135/2016

Entschließungsantrag
Ziffer 69

*Entschließungsantrag**Geänderter Text*

69. kritisiert die Gesamtkosten des LUX-Filmpreises, die 2014 einen Betrag von 585 311 EUR ausmachten (2013: 448 000 EUR, 2012: 434 421 EUR); bedauert zutiefst, dass die Ergebnisse einer Umfrage über die Bekanntheit des LUX-Filmpreises, die im Entlastungsbericht 2013 gefordert wurden, noch nicht vorliegen; fordert, dass die Ergebnisse dieser Studie der Öffentlichkeit bis Mitte Mai 2016 vorliegen und dass dem Haushaltskontrollausschuss die Ergebnisse in einer offiziellen Präsentation vorgestellt werden;

69. stellt fest, dass die Ausgaben für den LUX-Filmpreis selbst – für die offizielle Auswahl, den Wettbewerb einschließlich der Untertitelung in die 24 Amtssprachen der Union und Drucke für Ausstrahlungen in den 28 Mitgliedstaaten sowie die Vergabefeier – sich 2014 auf 391 506 EUR beliefen, was einen deutlichen Rückgang gegenüber den Vorjahren darstellt (2013: 448 000 EUR, 2012: 434 421 EUR);

verweist darauf, dass die Bekanntmachung und Förderung des LUX-Filmpreises – ebenso wie des Sacharow-Preises und der Frauenrechte – darauf abzielen, das Bekenntnis des Parlaments zu allgemeinen Werten wie den Menschenrechten und Solidarität sowie sein Bekenntnis zu kultureller und sprachlicher Vielfalt zum Ausdruck zu bringen;

stellt fest, dass 193 805 EUR für die Werbung für den LUX-Filmpreis aufgewandt wurden, die – hauptsächlich über soziale Medien – ca. 10 Mio. Menschen erreichte, darunter 23 000 Personen, die dem Preis auf Facebook

folgten;

erkennt den kontinuierlichen Einsatz der Informationsbüros des Europäischen Parlaments für den LUX-Filmpreis an und verweist darauf, dass sich die Ausgaben für die Ausstrahlung und damit verbundene Veranstaltungen 2014 auf 317 434 EUR beliefen, was einen jährlichen Durchschnittsbetrag von etwa 9 000 EUR per Informationsbüro und 9 EUR per Teilnehmer (auf der Grundlage von 35 227 Teilnehmern in den Mitgliedstaaten) darstellt;

fordert, dass die Ergebnisse der Umfrage über die Bekanntheit des LUX-Filmpreises, die im Entlastungsbericht 2013 gefordert wurde, der Öffentlichkeit bis spätestens Mitte Mai vorgelegt und dass die Ergebnisse dem Haushaltskontrollausschuss und dem Ausschuss für Kultur und Bildung gemeinsam in einer offiziellen Präsentation vorgestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 31

Dennis de Jong, Rina Ronja Kari, Marina Albiol Guzmán, Paloma López Bermejo, Javier Couso Permuoy, Ángela Vallina, Anja Hazekamp, Luke Ming Flanagan
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht**A8-0135/2016****Markus Pieper**

Entlastung 2014: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
2015/2155(DEC)

Entschließungsantrag**Ziffer 39***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

39. verweist darauf, dass die allgemeine Kostenvergütung zur Deckung von Kosten bestimmt ist, die dem Mitglied in dem Mitgliedstaat entstehen, indem es gewählt wurde, etwa für die Anmietung von Büros, Ausrüstung, Material, Dokumentation oder die logistische Organisation von Veranstaltungen; nimmt zur Kenntnis, dass ein umfassendes Kontrollsystem der Gelder für das parlamentarische Mandat der Mitglieder 40 bis 75 neue Stellen in der Verwaltung bedeuten würden, was dem Plan zum Abbau von Stellen entgegenläuft;

39. verweist darauf, dass die allgemeine Kostenvergütung zur Deckung von Kosten bestimmt ist, die dem Mitglied in dem Mitgliedstaat entstehen, indem es gewählt wurde, etwa für die Anmietung von Büros, Ausrüstung, Material, Dokumentation oder die logistische Organisation von Veranstaltungen; nimmt zur Kenntnis, dass ein umfassendes Kontrollsystem der Gelder für das parlamentarische Mandat der Mitglieder 40 bis 75 neue Stellen in der Verwaltung bedeuten würden, was dem Plan zum Abbau von Stellen entgegenläuft; ***bedauert, dass der Generalsekretär trotz mehrerer Aufforderungen, die etwa im Rahmen der Entlastung des Europäischen Parlaments für 2013 ausgesprochen wurden, die Möglichkeiten eines selektiveren Kontrollsystems, bei dem das Augenmerk auf größeren Ausgaben liegt, oder eines Stichprobensystem, nicht weiter untersucht hat, und fordert, dass ein solcher Vorschlag unverzüglich ausgearbeitet wird;***

Or. en

20.4.2016

A8-0135/32

Änderungsantrag 32

Dennis de Jong, Rina Ronja Kari, Marina Albiol Guzmán, Paloma López Bermejo, Javier Couso Permuy, Ángela Vallina, Anja Hazekamp, Luke Ming Flanagan

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Benedek Jávor, Bart Staes, Igor Šoltés, Helga Trüpel, Sven Giegold, Molly Scott Cato, Heidi Hautala

Bericht

A8-0135/2016

Markus Pieper

Entlastung 2014: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament

2015/2155(DEC)

Entschließungsantrag

Ziffer 39 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

39a. unterstützt eine umfassende Transparenz bei der Kostenvergütung, um den europäischen Bürgern Einblicke in die allgemeinen Ausgaben der Mitglieder des Europäischen Parlaments zu gewähren; fordert das Präsidium auf, die Liste der Kosten, die aus der allgemeinen Kostenvergütung bestritten werden können, klarzustellen, so dass sämtliche möglichen Kosten erwähnt werden und die Liste eine abschließende Liste wird;

Or. en

Änderungsantrag 33

Dennis de Jong, Rina Ronja Kari, Marina Albiol Guzmán, Paloma López Bermejo, Javier Couso Permuy, Ángela Vallina, Anja Hazekamp, Estefanía Torres Martínez, Xabier Benito Ziluaga, Tania González Peñas, Lola Sánchez Caldentey, Miguel Urbán Crespo, Luke Ming Flanagan
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A8-0135/2016

Markus Pieper

Entlastung 2014: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
2015/2155(DEC)

Entschließungsantrag

Ziffer 47

Entschließungsantrag

Geänderter Text

47. fordert einen Bericht der Verwaltung des Parlaments über die Nutzung der Räumlichkeiten des Parlaments durch Interessengruppen und andere externe Organisationen; fordert das Präsidium auf, die Vereinbarkeit dieser Veranstaltungen mit der parlamentarischen Arbeit zu prüfen und dabei gleichzeitig sicherzustellen, dass das Parlament weiterhin ein Organ bleibt, das für den Austausch mit der Zivilgesellschaft und für öffentliche Debatten offen ist;

47. fordert einen Bericht der Verwaltung des Parlaments über die Nutzung der Räumlichkeiten des Parlaments durch Interessengruppen und andere externe Organisationen, ***auch über die verschiedenen ständigen Foren des Unternehmens- und Finanzsektors und des Parlaments***; fordert das Präsidium auf, die Vereinbarkeit dieser Veranstaltungen mit der parlamentarischen Arbeit zu prüfen und dabei gleichzeitig sicherzustellen, dass das Parlament weiterhin ein Organ bleibt, das für den Austausch mit der Zivilgesellschaft und für öffentliche Debatten offen ist;

Or. en

20.4.2016

A8-0135/34

Änderungsantrag 34

Dennis de Jong, Rina Ronja Kari, Marina Albiol Guzmán, Paloma López Bermejo, Javier Couso Permuy, Ángela Vallina, Anja Hazekamp, Luke Ming Flanagan
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A8-0135/2016

Markus Pieper

Entlastung 2014: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
2015/2155(DEC)

Entschließungsantrag

Ziffer 49 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

49a. fordert das Parlament mit Nachdruck auf, zur Schaffung eines „legislativen Fußabdrucks“ Vorschriften über die Offenlegung aller Beiträge anzunehmen, die von Lobbyisten/Interessenvertretern zu Entwürfen für politische Maßnahmen, Rechtsvorschriften und Änderungsanträgen eingehen; schlägt vor, dass dieser legislative Fußabdruck aus einem Bericht beigefügten Formular bestehen sollte, auf dem alle Lobbyisten angegeben sind, die die für ein bestimmtes Dossier Verantwortlichen während der Ausarbeitung eines jeden Berichts getroffen haben, und aus dem deutlich hervorgeht, welche Lobbyisten einen wesentlichen Einfluss auf das Dossier hatten, und dass zudem ein zweites Dokument erstellt wird, in dem alle eingegangenen schriftlichen Beiträge verzeichnet sind, und dass diese Dokumente online auf die offizielle Parlamentswebsite der Mitglieder gestellt und direkt mit dem Transparenzregister verbunden werden; schlägt zudem vor, dass Berichterstatter einen legislativen Fußabdruck veröffentlichen müssen;

Or. en

AM\1092843DE.doc

PE579.921v01-00

